

MIT VOLLER ENERGIE GEGEN DEN BLACKOUT

Wie sich die Industrie auf einen möglichen Ernstfall vorbereitet und was getan werden muss, um diesen zu verhindern.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



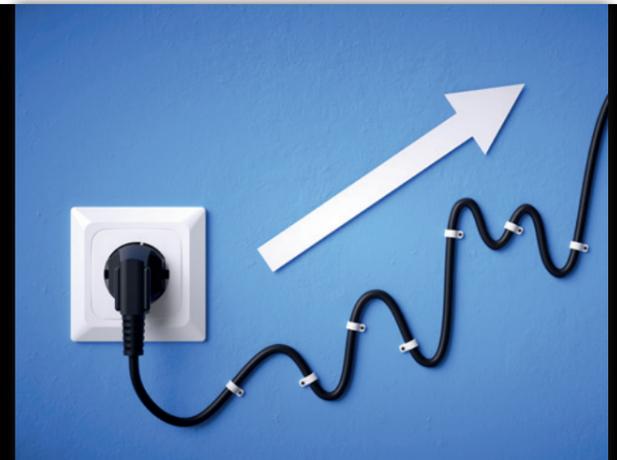
GENEHMIGUNGSVERFAHREN
Blockade für Klima- und
Energiewende lösen!

Seite 4



STANDORT
Dramatische Energiepreissituation
massive Gefahr

Seite 5



OBERÖSTERREICH
Unter Strom

Seite 10

Zeitenwende für den Welthandel?

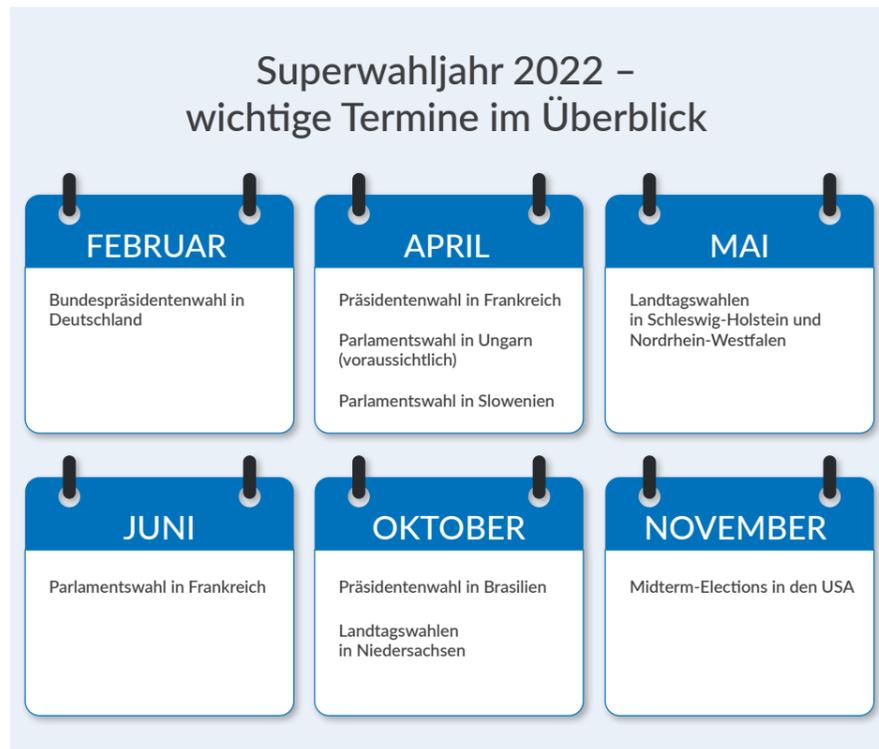
Konflikte, Corona und ein Superwahljahr dominieren das internationale Geschehen in den nächsten Monaten. Warum gerade jetzt attraktive Rahmenbedingungen für das Exportland Österreich so wichtig sind.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ betitelte ihren internationalen Jahresausblick mit „Das nächste Krisenjahr“. Vom konfrontativer werdenden Verhältnis zwischen den USA und China über Konflikte zwischen Ukraine und Russland oder im südchinesischen Meer bis zur Corona-Pandemie mit Rohstoffknappheiten und Lieferengpässen: Die sicherheits- und geopolitische, epidemiologische und wirtschaftliche Situation lässt keinesfalls den Schluss zu, dass die Welt in den kommenden Monaten in ruhigere Gewässer segelt.

Wie stark die Exportnation Österreich davon betroffen sein kann, zeigt etwa ein Blick auf die Handelsstatistik mit Russland und der Ukraine: Der größte Staat der Erde ist nach Deutschland zweitgrößter Investor in Österreich und liegt bei den heimischen Direktinvestitionen an 14. Stelle. In der Ukraine wiederum ist rot-weiß-rot der sechstgrößte Auslandsinvestor. Zu hoffen bleibt daher auf eine politische Stabilisierung der Situation. Ebenso sollte das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen tatsächlich eingehalten werden, der ukrainische Markt für Handel und Investitionen offen sowie Rechtssicherheit für Unternehmen sichergestellt sein.

Deutlicher Anstieg der Exporte erwartet

Neben den zahlreichen globalen Herausforderungen steht zudem ein „Superwahljahr“



auf der internationalen Agenda, das die wirtschaftspolitische Ausrichtung bedeutender Handelspartner und der EU maßgeblich beeinflussen wird: Voraussichtlich im April wählen Slowenien und Ungarn ihre neuen Parlamente. In Österreichs östlichem Nachbarland wird diesmal ein geschlossenes Oppositionsbündnis gegen die seit 2014 mit Zwei-Drittel-Mehrheit regierende

FIDESZ antreten. In Frankreich, das derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, finden ebenfalls im April die Präsidentschafts- und im Juni die Parlamentswahl statt. Auch in Brasilien wird im Oktober der Präsident gewählt und im November steht die US-Präsidentschaft Joe Bidens auf dem Prüfstand, wenn bei den Midterm-Elections ein Drittel der Senatoren und die Abgeordneten des

Repräsentantenhauses neu gewählt werden.

Trotz internationaler Konflikte und Unwägbarkeiten hat die stark exportorientierte österreichische Industrie in jüngster Zeit eindrucksvoll bewiesen, dass sie Krise kann: Nach einem Einbruch bei den Warenexporten zu Beginn der Pandemie um fast acht Prozent verwies die Oesterreichische Kontrollbank zu Jahresbeginn auf ein prognostiziertes Plus von 14 Prozent für 2021. Dieses Wachstum werde heuer zwar etwas abflachen, die Exporte sollen aber immer noch um bis zu fünf Prozent zulegen. Bleiben exogene Schocks aus, werden die Hauptmärkte auch 2022 wachsen – und diese liegen laut Einschätzung des Internationalen Währungsfonds weiterhin vorwiegend außerhalb Europas.

Um die bisherige Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, braucht es daher attraktive Rahmenbedingungen für heimische Exporteure und ihre Beschäftigten. Die Industrie plädiert insbesondere für einen besseren Marktzugang durch EU-Handelsabkommen und fairen internationalen Wettbewerb – Stichwort Klimaschutz, bei dem die großen globalen Emittenten mitziehen – sowie exportunterstützende Maßnahmen auf nationaler Ebene. Denn je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland. Das gilt speziell in international turbulenten Zeiten.

GASTKOMMENTAR

Der hohe Preis des billigen Geldes

Inflation ist die größte Umverteilung von unten nach oben. Dennoch bagatellisieren auffallend viele Linke die Gefahren der starken Preisschübe. Und das hat einen Grund.

Seit Monaten erklären uns führende Geldpolitiker, dass wir uns vor steigenden Preisen nicht mehr zu fürchten hätten. Inflation sei ein Relikt aus einer dunklen Vergangenheit, die ihren Schrecken längst verloren hat. Mittlerweile erleben wir den größten Teuerungsschub seit dreißig Jahren: Allein im vergangenen Dezember haben sich die Güter des täglichen Bedarfs um 4,3 Prozent verteuert. Und das ist nur die halbe Wahrheit, bildet die offizielle Inflationsrate ja „nur“ die Konsumausgaben ab. Nicht aber die Preise von Immobilien oder Aktien.

Nun erklären uns dieselben Geldpolitiker, dass die starken Preisschübe nur „vorübergehend“ wären. Wenn die gerissenen Lieferketten einmal geflickt sind und die Unternehmen mit der hohen Nachfrage der Kundschaft wieder zurecht kommen, sei der Spuk auch schon wieder vorbei. Das Gegenteil ist der Fall: Wir werden dauerhaft mit dem höheren Preisniveau zu leben haben. „Temporär“ wäre die Sache nur dann, wenn die Preise heuer so stark sinken würden, wie sie 2021 gestiegen sind. Davon kann aber keine Rede sein.

Die Inflation hat nämlich gerade erst begonnen, sich immer stärker in den Brieftaschen

der Bürger bemerkbar zu machen. Viele Preise steigen zeitverzögert. Hierzulande sind nicht nur die Mieten an die Inflationsrate gebunden, sondern auch viele Gebühren, von den Löhnen gar nicht zu reden. Zudem werden viele Unternehmen die erhöhten Preise vermehrt an die Konsumenten weitergeben. Die Preise, die Hersteller für ihre Produkte verlangen, sind um knapp 30 Prozent höher als noch vor einem Jahr. Hier wird es zu nachgelagerten Preisanstiegen kommen, die sich gewaschen haben.

„Wir werden dauerhaft mit dem höheren Preisniveau zu leben haben.“

Doch warum steigen die Preise so stark? Vor allem deshalb, weil die EZB vor Jahren die Zinsen abgeschafft hat, um reformverweigernde Staaten mit günstigem Geld zu versorgen. Viele Regierungen leihen sich nicht nur Geld, um die „Baustellen“ in ihren Budgets zuzudecken. Sondern auch, um

den Corona-geplagten Bürgern deren Einkommensverluste auszugleichen. Mit der Folge, dass die Nachfrage in der Krise aufgrund vieler staatlicher Stützungen enorm hoch ist, das Angebot aber aufgrund gerissener Lieferketten zurückbleibt. Die Folge: steigende Preise.

Das billige Geld steht nicht nur säumigen Regierungen zur Verfügung, sondern auch Investoren, die sich billigst Geld leihen, um es in Rohstoffe und Immobilien zu stecken und auf steigende Preise zu hoffen. Deshalb kommt es in diesen Bereichen seit Jahren zu enormen Preisschüben.

Vor allem die Bezieher kleinerer Einkommen trifft das mit voller Wucht. Warum ausgerechnet Vertreter von links die Gefahren der Inflation so verharmlosen? Ganz einfach: Weil exzessiv umverteilende Schuldnerstaaten wie Österreich die großen Gewinner der starken Preisanstiege sind. Steigende Preise treiben die Löhne und damit auch die Steuern nach oben, während die Staatsschulden nicht mit der Inflation mitwachsen. Der Staat hat also mehr Geld zur Verfügung, um seine Schulden zu bedienen. Denn nicht nur die Guthaben auf den Sparbüchern verlieren kräftig an Wert, sondern auch die Staatsschulden. Und genau das scheint die Inflation für die vielen

Freunde eines in jeder Lebenslage intervenierenden Staates so reizvoll zu machen.

Den Bürgern bleibt nur die kalte Enteignung. Deshalb bleibt es ein Rätsel, warum ausgerechnet jene die Gefahren steigender Inflation bagatellisieren, die bei jeder Gelegenheit gegen die ungerechte Verteilung von Vermögen zu Felde ziehen. Denn eine größere Umverteilung von unten nach oben als die Inflation gibt es nicht. Deshalb sollten wir sie nicht kleinreden.



Franz Schellhorn ist Direktor des Thinktank Agenda Austria.

Mehr aus dem Aufschwung machen

Hausgemachte Störfaktoren für die wirtschaftliche Erholung müssen beseitigt werden.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen für das heurige Jahr sind erfreulich. Der Aufschwung nach bzw. mit Corona fällt für Österreich positiv aus. Die moderate Fortsetzung des industriegetragenen Aufschwungs hält an, zeigt auch das aktuelle IV-Konjunkturbarometer. Tatsache ist allerdings, dass die positive konjunkturelle Entwicklung von zahlreichen Störfaktoren begleitet wird. Der Industriellenvereinigung ist es gelungen, einige davon zu entschärfen bzw. konkrete Verbesserungen für Unternehmen umzusetzen. Mit Blick auf die Arbeitskosten ist die Senkung der Lohnnebenkosten im Bereich des Insolvenzentgeltfonds ein wichtiger Erfolg. Das Aussetzen der Erneuerbaren Pauschale bringt einen ersten wichtigen Entlastungsschritt bei den Energiekosten. Und die Verlängerung der Mangelberufsliste ist ein konkreter Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (siehe Seite 5).

Die Herausforderungen für die Industriebetriebe bleiben weiter beträchtlich – sie reichen von den exorbitant gestiegenen Energiepreisen und einem massiven Inflationsanstieg über nach wie vor schwer verfügbare Rohstoffe bzw. bestimmte Vorprodukte wie Halbleiter bis zu massiven geopolitischen Spannungen. Angesichts dieser Fülle an Wachstumsbremsen ist es umso wichtiger, die Qualität des Standorts weiter zu verbessern.

Konkret brauchen wir eine Kompensation für erhöhte Strompreise aufgrund hoher CO₂-Zertifikatekosten („Indirektes Carbon Leakage“), wie sie in Deutschland und anderen EU-Ländern seit Jahren existieren. Darüber hinaus bedarf es Liquiditätshilfen und einer rascheren Energieabgabenrückvergütung

für besonders betroffene Unternehmen. Ein weiteres Handlungsfeld ist die Entlastung in Verbindung mit dem Fokus auf den Kapitalmarkt. Die bereits im Regierungsprogramm vorgesehene Wiedereinführung der Behaltefrist bei der Kapitalertragsteuer ist die richtige Maßnahme zur richtigen Zeit. Gerade angesichts der derzeit hohen Inflation und dem Nullzinsumfeld ist der Vorschlag von Finanzminister Magnus Brunner ein Signal für alle, die bereit sind, langfristig (auch in ihre Altersvorsorge) zu investieren. Ein starker Kapitalmarkt ist zudem Voraussetzung für eine erfolgreiche Klimatransformation. Wichtig für dieses Ziel ist natürlich auch eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, insbesondere der Umweltverträglichkeitsprüfungen (siehe Seite 4). Das Tempo bei Genehmigungsverfahren muss ebenso ambitioniert sein wie die Ausbauziele – sonst können wir die Energie- wende unter Erhalt der Versorgungssicherheit nicht realisieren.

Es steht außer Frage, dass Österreich nicht alle Störfaktoren für den Aufschwung allein aus der Welt schaffen kann. Aber bei der Beseitigung aller hausgemachten Hürden für den Aufschwung müssen wir am Ball bleiben, damit Österreich bei Wachstum und Wohlstand vorn ist. Genau dafür setzt sich die IV ein.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Wenn man sich anschaut, wie im Moment die Planungs- und Genehmigungsverfahren aussehen, merkt man, dass die Rechnung einfach nicht aufgeht. Wir müssen also effizienter und schneller werden.“

Robert Habeck,
deutscher Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz



„In unserer post-ökonomischen Realität ist nicht mehr allen klar, dass vor dem Umverteilen das Arbeiten kommt, die Wirtschaft also funktionieren muss, damit dieser Sozialstaat finanzierbar bleibt.“

Christoph Boschan,
CEO Börsengruppe Wien und Prag



„Unserer Ansicht nach sind gerade bei Klima- und Umweltschutz Anreize besser als kategorische Verbote.“

Helmut Bernkopf,
Vorstand Oesterreichische
Kontrollbank AG

INDUSTRIE-
UNTERNEHMEN

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 31. Jänner war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



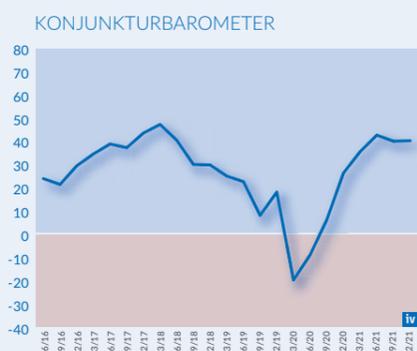
GRAFIK DES MONATS

Aufschwung mit moderatem Tempo

Der produzierende Bereich und seine Partner erweisen sich weiterhin als zuverlässige Stütze der Konjunktur, die jedoch zahlreichen Störfaktoren trotzen muss. Sofern nicht prognostizierbare exogene Schocks wie eine weitere Verschärfung der geopolitischen Spannungen ausbleiben, wird sich der Aufschwung in moderatem Tempo fortsetzen. Hinzu kommt, dass der bis dato weitgehend industriegetragene Aufschwung nach Überwindung der derzeit vorherrschenden Omikron-Welle nach zwei Jahren COVID-bedingter Starre wieder von der Tourismuswirtschaft mitgetragen werden wird.

Das IV-Konjunkturbarometer (Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten) verharrt im 4. Quartal 2021 nahezu unverändert bei 40,1 Punkten. Diese stagnierende Entwicklung reflektiert den kräftigen Gegenwind, der eine höhere konjunkturelle Dynamik derzeit nicht zulässt. Davon betroffen sind beide Teilkomponenten des Barometers, also sowohl die

Bewertung der aktuellen Geschäftslage als auch die Einschätzung der Geschäftsaussichten in sechs Monaten. Die Stabilisierung Letzterer auf mäßigem Niveau lässt für das erste Halbjahr 2022 einen sich allmählich normalisierenden Geschäftsgang mit durchschnittlicher Dynamik in der österreichischen Industrie erwarten.



Weitere Informationen zum IV-Konjunkturbarometer finden Sie unter: www.iv.at

ZAHL DES MONATS

1,03

Die Forschungsprämie war auch 2021 bei heimischen Unternehmen stark gefragt. Dass die von der Industrie empfohlene Anhebung auf 14 Prozent im Jahr 2018 ein handfester Standortvorteil ist, belegen aktuelle Daten: Demnach haben heimische Unternehmen im vergangenen Jahr 1,03 Mrd. Euro an Forschungsprämien beantragt. Rund 9.500 Anträge wurden eingebracht, davon 80 Prozent von kleinen und mittleren Unternehmen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass die Forschungsprämie als entscheidender Impuls für wichtige Großinvestitionen von heimischen Industriebetrieben gewirkt hat, wodurch auch ihre Netzwerke aus KMU und Hochschulen enorm profitieren konnten. Ebenso ist die Zahl höherqualifizierter Arbeitsplätze seit Einführung der Forschungsprämie deutlich gestiegen. Unternehmen leisten rund zwei Drittel aller F&E-Investitionen in Österreich und sind damit der größte Financier von Forschung und Entwicklung in Österreich.

Genehmigungen: Blockade für Klima- und Energiewende lösen!

Jahrelange Genehmigungsverfahren verzögern notwendige Infrastrukturprojekte; Menschen, Wirtschaftsstandort und auch Klimaschutz sind die Leidtragenden. IV, WKÖ und Oesterreichs Energie zeigen, wo es Verbesserungen braucht.

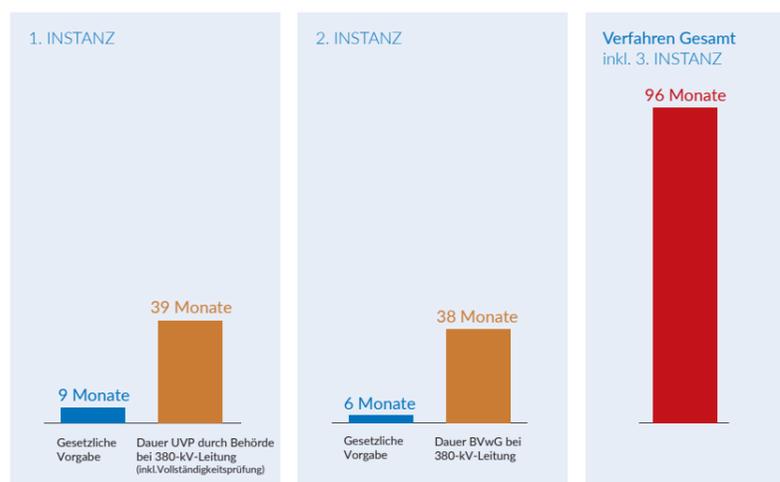
Über 425 weitere Windkraftwerke der größten Onshore-Turbinenklasse, 61 neue Wasserkraftwerke in der Größe des Murkraftwerkes, 110 Quadratkilometer zusätzliche Photovoltaikflächen – das alles braucht es schon bis 2030, wenn Österreich wie im Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) vorgesehen seinen Energie-

vor Gericht wie aus dem Nichts in letzter Sekunde neue Tatsachen oder vermeintliche Beweise vorgebracht, die – so absurd sie auch anmuten mögen – dennoch weitere Monate oder gar Jahre an Untersuchungen und diverse Sachverständigen-gutachten nach sich ziehen. Rechts- und Planungssicherheit für Investoren werden so völlig ausgehebelt.

Infrastrukturprojekt Klimaschutz

Mit einer bevorstehenden Novelle im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) sieht die IV nun die echte Chance auf Verbesserung gekommen. In die gleiche Kerbe schlagen WKÖ und Oesterreichs Energie, mit denen im Jänner gemeinsame Vorschläge für die Effizienzsteigerung von UVP-Verfahren präsentiert wurden. Wichtige Punkte für die IV sind etwa eine bessere Strukturierung des Verfahrens, Kostentragung bei Missachtung der Prozessförderungspflicht, zeitgemäße Kundmachungsvorschriften unter Nutzung des Internets, das digitale Zuschalten von Sachverständigen oder ein Ende des „Nachschiebens“ von Beschwerdegründen nach Fristablauf im verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Außerdem braucht es die Weiterentwicklung der Regelungen zu Bürgerinitiativen sowie die Beschränkung von NGOs in Genehmigungsverfahren auf ihren sachlichen Wirkungsbereich. Schließlich ist es schwer nachvollziehbar, was etwa ein Vorarlberger Fahrradklub in der Diskussion zum Bau eines Windkraftwerks im Burgenland inhaltlich einbringen könnte. Solche Kuriositäten sind es, die Infrastrukturvorhaben in Österreich zum Spießrutenlauf machen. Gerade im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels, die gleichzeitig ein gewaltiges Infrastrukturprojekt ist, stehen wir uns damit selbst im Weg.

Dauer des UVP-Verfahrens Salzburgleitung Gesetzgeberischer Anspruch vs. Wirklichkeit



bedarf bis dahin aus erneuerbaren Quellen decken will. Allein: Nichts davon ist bisher genehmigt, geschweige denn gebaut. Denn Genehmigungsverfahren erstrecken sich hierzulande über viele Jahre oder werden von Projektgegnern bewusst verschleppt. Immer wieder werden vor der Behörde oder

Die Zeche zahlen Menschen, Unternehmen und letztlich auch Umwelt und Klima – erste in Form steigender Netzentgelte aufgrund nicht mehr zeitgemäßer Energieinfrastruktur sowie durch schwindende Wettbewerbsfähigkeit und schlimmstenfalls Produktionsausfälle, Stichwort „Blackout“ (siehe Titelgeschichte).

WEBTIPP

Ausführliche Informationen und eine Übersicht über die Vorschläge zur Beschleunigung und Effizienzsteigerung von UVP-Verfahren finden Sie unter: www.iv.at

IV-FAKTENCHECK

Warum die Behaltefrist bei der KEST alle Sparer unterstützen würde

In der politischen Diskussion ersetzen Meinungen und Gefühle zunehmend Fakten. Dies gilt vor allem für Vorschläge oder Aussagen, die auf den ersten Blick gut aussehen mögen – aber nur auf den ersten Blick! Eine Analyse zeigt, warum manche Ideen in die Sackgasse führen:



Die Wiedereinführung der Behaltefrist bei der Kapitalertragsteuer ist ökonomisch sinnlos und bringt nur den Reichen etwas.



Tatsache ist: Gerade wegen der derzeit hohen Inflation und des Nullzinsumfelds müssen die Menschen dabei unterstützt werden, langfristig – auch in ihre Altersvorsorge – zu investieren. Genau das ermöglicht die Behaltefrist für die KEST-Befreiung: Sie unterstützt jene Sparerinnen und Sparer, die dies aus bereits versteuertem Arbeitseinkommen tun.

Die Fakten zeigen:

- Österreich zählt derzeit zu einer Minorität von Staaten, die für einen längerfristigen Vermögensaufbau wie die private Pensionsvorsorge keinerlei Anreize vorsehen. Lediglich sieben Länder in der EU besteuern Wertzuwächse ohne Ausnahmebestimmungen. Es braucht eine Trendwende und Unterstützung – gerade auch für die junge Generation, die verstärkt für das Alter vorsorgen will und sich den Risiken bewusst ist.
- Im Vergleich zu den OECD-Staaten nutzen die Österreicherinnen und Österreicher die Möglichkeiten der privaten Vorsorge bisher zu wenig. Während die Kapitaleinkünfte beim Alterseinkommen (inklusive Betriebspensionen) hierzulande lediglich im unteren einstelligen Bereich zu finden sind, liegen diese im OECD-Schnitt mehr als dreimal so hoch.
- Gute Kapitalmarktpolitik ist für die Bevölkerung kein Elitenprogramm, wie eine Umfrage des Aktienforums zeigt: Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher stehen einer steuerlichen Begünstigung auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge äußerst positiv gegenüber.
- Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt ist nicht nur für den Vermögensaufbau jedes Einzelnen ein wichtiges Instrument, sondern auch essenziell für eine erfolgreiche Klimatransformation: Der Weg in die grüne Zukunft ist mit hohen Kosten verbunden. Auch hier kann ein starker Kapitalmarkt samt „Green Investments“ einen wesentlichen Beitrag für die Wende leisten.



GENEHMIGTE BAUVORHABEN MÜSSEN UMGESETZT WERDEN

Mit Augenzwinkern und einer ungewöhnlichen Aktion haben die österreichischen Automobilimporteure in der IV auf wichtige bereits genehmigte Bauvorhaben in Österreich aufmerksam gemacht, die aufgrund der angekündigten Baustopps durch Verkehrsministerin Leonore Gewessler – darunter der Lobautunnel – gefährdet sind: Eine Gruppe von Weihnachtsmännern demonstrierte knapp vor Weihnachten vor dem Verkehrsministerium unter dem Motto „Weihnachtsmänner sorgen sich zunehmend um die rasche Geschenkzustellung in Österreich“. Die originelle Aktion hat einen ernsten Hintergrund, wie Günther Kerle, Vorsitzender der österreichischen Automobilimporteure, erklärte: „Durch die sogenannten ‚Klimachecks‘ des Verkehrsministeriums werden zahlreiche wichtige Infrastrukturprojekte in Österreich verhindert, die über viele Jahre ausführlich und nach gesetzlich festgelegten Verfahren geprüft und letztendlich bereits genehmigt wurden.“

Dramatische Energiepreissituation massive Gefahr für Standort

Die IV hat sich dafür eingesetzt, dass sämtliche Ökostromabgaben 2022 ausgesetzt werden.

Als weitere Sofort-Hilfe für betroffene Unternehmen muss die Strompreiskompensation endlich genutzt werden.

Die stark gestiegenen Energiekosten sind eine massive Bedrohung für die Industrie: Allein die Gaspreise liegen beim Siebenfachen über dem Niveau der konjunkturellen Normallage. Betroffen sind vorwiegend energieintensive Unternehmen; die Preissteigerung ist aber derart hoch, dass mittlerweile die gesamte Industrie leidet. Wie massiv der auch hausgemachte Standortnachteil ist, zeigt der Vergleich mit Deutschland, wo die Stromkosten je nach Jahreszeit bis zu 15 Prozent niedriger sind als in Österreich. Ganz zu schweigen von den skandinavischen Staaten oder Ländern außerhalb Europas wie den USA.

140 Mio. Euro Entlastung für Industrie erster Schritt

Die IV hat im Herbst Alarm geschlagen und konkrete Entlastungsvorschläge vorgelegt. Erste wichtige und wirksame Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden: 2022

entfällt nicht nur der Erneuerbaren-Förderbeitrag (vormals Ökostrom-Förderbeitrag), sondern auch die Erneuerbaren-Förderpauschale, die an sich nur alle drei Jahre neu berechnet und festgelegt wird. Auf Druck der IV erfolgt nun bereits durch die Novelle zum EAG eine Anpassung der Pauschale für 2022. Haushalte und Unternehmen werden dadurch um rund 350 Millionen Euro entlastet, wovon rund 140 Millionen Euro auf die Industrie entfallen. Ein einzelnes Industrieunternehmen erspart sich pro Zählpunkt rund 115.000 Euro für 2022 allein durch die Nichteinhebung der Förderpauschale.



Mit dem Förderbeitrag zusammen wird ein energieintensives Unternehmen um mehrere 100.000 Euro an Ökostromförderung im heurigen Jahr entlastet.

Das ist jedoch nur ein Schritt in die richtige Richtung, dem dringend weitere folgen müssen. Denn die Industrie – und damit eine Million Arbeitsplätze im Land – sind auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen. Gerade Österreich-Standorte von internationalen Unternehmensniederlassungen geraten hier im konzerninternen Wettbewerb zunehmend unter Druck. Zumal ein Teil der horrenden Preissteigerungen auf die hausgemachte Klimapolitik der EU zurückgeht. Der Preis für CO₂-Emissionen, der sich in den letzten Monaten auf mittlerweile über 80 Euro pro Tonne vervielfacht hat und damit auch die Stromkosten in die Höhe treibt, ist ein direktes Ergebnis international einsamer europäischer Klimapolitik. Konkreter IV-Vorschlag: Für Strompreise, die wegen

der hohen CO₂-Zertifikatekosten massiv ansteigen, ist eine Kompensation („Indirektes Carbon Leakage“) notwendig. Wie das geht, zeigen andere EU-Länder wie Deutschland, Tschechien oder die Slowakei. Kurzfristig helfen würde zudem eine befristete Senkung energiespezifischer Abgaben, etwa der Erdgas- oder Stromabgabe, oder eine raschere Abwicklung der Energieabgabenrückvergütung, wie von der Bundesregierung beim Energiepreisgipfel im Jänner angekündigt.

Laut Prognosen bleibt die Situation angespannt. Umso wichtiger sind rasch wirkende Maßnahmen, auch mit Blick auf die Transformation des Energie- und Mobilitätssystems. Unternehmen dürfen nicht aus Österreich vertrieben werden, weil im Ausland die Kosten deutlich niedriger sind. Langfristig müssen preislich wettbewerbsfähige grüne Energie in großen Mengen sowie entsprechende Netze und Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen.

FÜR IV-MITGLIEDER ERREICHT

Weitere Entlastung bei Lohnnebenkosten erreicht



Auf Initiative der Industrie wurde der Beitrag zum Insolvenzentgeltfonds (IEF) gesenkt. Warum weitere Schritte folgen sollten, zeigt ein internationaler Vergleich.

Es ist ein Spitzenplatz, auf den Österreich verzichten sollte: Lediglich in Belgien und Deutschland fließt laut OECD ein noch größerer Teil der gesamten Lohnkosten für einen Arbeitnehmer an den Staat. Die Abgabenlast für einen Single-Durchschnittsverdiener betrug im Jahr 2020 47,3 Prozent. Damit den Beschäftigten mehr Netto vom Brutto bleibt und als Impuls für zusätzliche Arbeitsplätze

setzt sich die IV seit Jahren für eine Entlastung – insbesondere im Bereich der Lohnnebenkosten – ein.

125 Mio. Euro Entlastung

Anfang 2022 konnte eine weitere Empfehlung der IV umgesetzt werden: Heuer wird der Beitrag zum Insolvenzentgeltfonds von 0,2 auf 0,1 Prozent halbiert. Das bedeutet eine wirtschaftliche Entlastung für Unternehmen von rund 125 Millionen Euro jährlich und setzt einen positiven wirtschaftlichen Impuls. So richtig diese Maßnahme ist, so unverständlich war die Kritik einzelner Organisationen und

Parteien: Denn mit ihren Beiträgen haben die Unternehmen ausreichend Rücklagen für den IEF gebildet. Auch nach der Beitragssenkung sind genügend Mittel vorhanden, um im laufenden Insolvenzgeschehen Einkommen abzusichern und für unvorhersehbare Großinsolvenzen vorbereitet zu sein. Hinzu kommt: Laut Arbeitsministerium fördert die Entlastung die Schaffung von 2.500 bis 3.000 neuen Jobs pro Jahr.

Zudem konnte die Industrie eine Erhöhung des Nachtschwerarbeitsbeitrages abwenden: Ursprünglich geplant gewesen war

ein Anstieg von 3,8 auf 4,9 Prozent. Ein Blick auf die vergangenen Jahre bestätigt, dass die IV wichtige Entlastungsschritte bei den Lohnnebenkosten realisieren konnte. Durch Senkungen bei Unfallversicherung und IEF werden Unternehmen heuer im Vergleich zu 2015 um mehr als 600 Millionen Euro entlastet. Dennoch sieht die Industrie wie auch die OECD weiteren Handlungsbedarf: Entlastungspotenziale gibt es etwa bei der Unfallversicherung oder dem Familienlastenausgleichsfonds, wo beispielsweise „familienfremde Leistungen“ zu hinterfragen sind.

Massive Belastung für umweltfreundliche LKW für 2022 abgewendet



Auf Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen unterliegen alle Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen einer LKW-Maut. Die Höhe wird jährlich per Verordnung festgelegt und hängt von der sogenannten EURO-Emissionsklasse ab; das heißt, je sauberer, desto günstiger. Als schadstoffärmste und effizienteste Technologie bei konven-

tionellen Antrieben gilt die EURO VI-Klasse. Und genau diese hätte laut Entwurf des Klimaschutzministeriums am stärksten belastet werden sollen, während ältere LKW-Klassen wesentlich geringer angehoben werden sollten. Grund dafür wäre das Auslaufen des bisher gewährten Mautbonus für EURO VI-LKW gewesen, wodurch die Wirtschaft mit zusätzlich 20 Millionen Euro belastet worden wäre.

Dagegen hat sich die Industrie vehement und erfolgreich eingesetzt: Der ökologische Tarifabschlag wird nun auch 2022 fortgesetzt. Somit werden Unternehmen, die in umweltfreundliche LKW-Flotten investieren, doch nicht bestraft. Und das aus gutem Grund: Einerseits stehen für den Schwergut-Transport und die Langstrecke derzeit keine adäquaten Zero-Emission-Technologien für

LKW zur Verfügung. Andererseits sind die Unternehmen ohnehin mit einer Fülle an Herausforderungen konfrontiert: von den wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie über hohe Dieselpreise bis zur Einführung der CO₂-Bepreisung 2022. Um umweltpolitische Zielsetzungen zu erreichen, müssen moderne und ökologische Fahrzeuge auch in Zukunft gefördert werden.

Mangelberufsliste um wichtige Industriebereufe erweitert



Der Fachkräftemangel bleibt Top-Thema für die Industrie. Umso wichtiger ist es, dass in der Mangelberufsliste für 2022 zentrale Empfehlungen der Industriellenvereinigung aufgenommen wurden: Vom Schweißer über die Technikerin für Maschinenbau bis hin zum Fräser – die Anzahl der Berufe ist mit bundesweit 66 so lange wie nie zuvor. Im Vorjahr waren es noch

45. Neben dieser Erweiterung ist auch die Regionalisierung wichtig: In acht Bundesländern gibt es zusätzliche regionale Mangelberufe (bis zu 49 in Oberösterreich). Die Fachkräfte-Verordnung legt fest, in welchen Berufen ein besonders hoher Bedarf am österreichischen Arbeitsmarkt besteht und für die somit eine RWR-Karte für Fachkräfte in Mangelberufen beantragt werden kann.



NEUES MITGLIEDERSERVICE: LEITFADEN ZU CYBERSICHERHEIT

Welche Leitlinien gibt es, um sich auf Cyberangriffe vorzubereiten? Welche Stellen bieten welche Unterstützungsleistungen an? Auf der IV-Website www.iv.at/cybersicherheit hat die IV mit dem Computer Emergency Response Team (cert.at) Empfehlungen, Informationen sowie relevante Kontaktstellen zusammengestellt. Hier finden Sie einen Überblick, u.a. mit diesen Schwerpunkten: Cyberangriff: Vorbereitung auf den Ernstfall; Unterstützung im Fall der Fälle; Übersicht: Relevante Kontaktstellen.

Gemeinsam gegen den Blackout

Das Risiko eines Blackouts muss ernst genommen werden. Die IV fordert, dem Themenbereich Energie, Versorgungssicherheit und Blackout-Prävention in allen energie- und umweltpolitischen Fragen mehr Beachtung zu schenken.

Die Gefahr eines Blackouts in Europa ist alles andere als eine Verschwörungstheorie. Vor einem Jahr kam es zu einem „Beinahe-Blackout-Vorfall“ im europäischen Stromnetz. Auf den kaskadischen Ausfall mehrerer Netzelemente – Stromleitungen und Schaltanlagen – reagierten die europäischen Übertragungsnetzbetreiber glücklicherweise rasch und wirksam: Mittels Kraftwerksreserven und Speicher sowie der Abschaltung kontrahierter Großverbraucher konnte die Sollfrequenz nach ca. einer Stunde wieder hergestellt werden.

Notfallmaßnahmen werden zur Regel

„Wir hoffen sehr, dass es auch in Zukunft gelingen wird, trotz gestiegener Anforderungen an unser Stromsystem, einen Blackout abzuwenden. Auch für den Fall, dass

„Die Politik ist gefragt, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt und damit weiterhin aktiv die Klimawende mitgestalten kann.“

Georg Knill
IV-Präsident

es länger dauert, eine stabile Stromversorgung flächendeckend wieder herzustellen, sollten wir jedenfalls gerüstet sein“, fordert IV-Präsident Georg Knill. Tatsache ist: Auch in Österreich wird die Strom-Versorgungssicherheit mit immer aufwendigeren und kostenintensiveren Eingriffen des Übertragungsnetzbetreibers aufrechterhalten. Die an sich für den Notfall gedachten Eingriffe – sogenannte Redispatch-Maßnahmen – sind mittlerweile über das Jahr gesehen zur Regel geworden, berichten Experten.

Hochkarätiger Austausch

Den Ernstfall verhindern und alle Kräfte bündeln, falls er doch eintritt. Die Industriellenvereinigung arbeitet im Interesse ihrer Mitglieder und des Standorts intensiv mit dem Verteidigungsministerium zusammen und veranstaltete kürzlich auch einen High Level Blackout-Roundtable mit Experten

und Betrieben. Hochkarätige Vertreterinnen und Vertreter aus Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation, Finanzwirtschaft, Papier- und Zementindustrie oder der Elektro- und Elektrotechnikbranche zeigten dabei die unterschiedlichen Betroffenheiten,

„Es reicht nicht, sich ambitionierte Ziele zu setzen. Die Energiewende ist vor allem ein gewaltiges Infrastrukturprojekt.“

Peter Koren
IV-Vize-Generalsekretär

Herausforderungen und Maßnahmen rund um das Thema Blackout auf (siehe Beitrag auf Seite 7). „Blackouts gehören neben den Gefahren von Naturkatastrophen, Cyberangriffen, Terroranschlägen und Pandemien zu den sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts. Das Bundesheer wird daher als strategische Reserve der Republik Österreich auch hier wieder für Einsätze zur Bewältigung der Krise herangezogen werden. Denn das Bundesheer ist durch seinen Grundauftrag darauf ausgerichtet, auch dann noch zu funktionieren, wenn sonst nichts mehr funktioniert“, so Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

Gemeinsam mit Einsatzorganisationen, Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden führen die österreichischen Streitkräfte regelmäßig Übungen durch, um den Blackout-Ernstfall zu proben und neue Erkenntnisse in die strategische Vorbereitung einfließen zu lassen. Neben Energieversorgung wird in den Kasernen an autarker Wärme-, Wasser- und Nachschubversorgung gearbeitet. Notwendig ist zudem für den stv. Chef des Generalstabes, Generalmajor Rudolf Striedinger, die zeitgerechte Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung: „Die Vorbereitung der Bevölkerung auf einem niederschweligen Niveau ist nicht kostenintensiv.“ So empfiehlt er Bürgern etwa einen Bargeldvorrat, um im Handel auch zahlen zu können, wenn der elektronische Zahlungsverkehr ausfällt. Laut Sicherheitsexperte Herbert Saurugg sollte jeder Bürger auf 14 Tage Notbetrieb – und damit mit ausreichend Lebensmitteln etc. – vorbereitet sein. Dem stehen allerdings Umfragen gegenüber, wonach sich ein Drittel der Bevölkerung höchstens vier Tage und ein weiteres sieben Tage selbst versorgen kann.

Ein Video zum IV-Blackout-Roundtable und relevante Infos zum Thema finden Sie unter:

www.iv.at/blackout

4K UHD 3...2...1...1...1...2...3 00:35:02

Fokus auf Blackouts

Für die Industriellenvereinigung ist wichtig, dass dem Themenkomplex Energie-Versorgungssicherheit und Blackout-Prävention in sämtlichen energie- und umweltpolitischen Dossiers mehr Beachtung geschenkt wird. Dabei geht es keinesfalls um Panikmache. Vize-Generalsekretär Peter Koren: „Uns ist bewusst, dass Österreich im internationalen Vergleich eine hervorragende Strom-Versorgungssicherheit aufweist. Unser Stromsystem steht aber auch vor vielfältigen – nicht zu unterschätzenden – Herausforderungen: Naturkatastrophen, verstärkte Einspeisung von Strom aus wetterabhängigen Erzeugungsformen, Cyberangriffe, Dezentralisierung, technisches und menschliches Versagen.“ Gerade die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität ist ohne sichere, ausreichende, erneuerbare Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen nicht denkbar. „Die Industrie ist zudem auf eine stabile Stromfrequenz von 50Hz angewiesen. Schon geringe Netzschwankungen können in manchen Sektoren massive Schäden in der Produktion und in der Folge in den Lieferketten auslösen“, warnt Koren.

Ambitionierte Ziele sind zu wenig

Handlungsbedarf besteht nicht zuletzt beim Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG), das Ende Jänner im Nationalrat verabschiedet wurde. Damit sollen bis 2030 hundert Prozent des Stroms (bilanziell, national) aus erneuerbaren Erzeugungsformen stammen. Das erfordert einen Zubau von rund 27 TWh. Davon entfallen über zwei Drit-

„Blackouts gehören neben den Gefahren von Naturkatastrophen, Cyberangriffen, Terroranschlägen und Pandemien zu den sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarien des 21. Jahrhunderts.“

Klaudia Tanner
Verteidigungsministerin

tel auf volatile – vom Wetter abhängige – Stromerzeugung, wie Windkraft oder Photovoltaik. „Es reicht nicht, sich ambitionierte Ziele zu setzen, denn die Energiewende ist vor allem ein gewaltiges Infrastrukturpro-

jekt: Nur mit ausreichend Erzeugungsanlagen, Speichern und vor allem bedarfsgerechtem Netzausbau können Erzeugung und Verbrauch auch künftig in Einklang gebracht werden“, betont Koren. Nicht zuletzt würden die Stromkunden Versäumnisse im Infrastrukturausbau bereits jetzt durch stetig steigende Netzkosten bezahlen müssen. In Zeiten von ohnedies bereits explodierenden Energie-

preisen eine verheerende Entwicklung, besonders für die energieintensive Industrie. Die Industriellenvereinigung drängt auf eine Beschleunigung der mitunter massiv ausufernden Genehmigungsverfahren für Energieinfrastrukturprojekte, „denn genau da sitzt jener Flaschenhals, der uns über Jahre und Jahrzehnte zur Untätigkeit verurteilt hat und damit ein Blackout-Ereignis begünstigt“.

Resilienz und Handlungsfähigkeit sichern

Um die Resilienz zu steigern und die Auswirkungen eines Blackout-Szenarios gering zu halten, ist eine möglichst breite Abstimmung und Sensibilisierung für das Thema erforderlich. „Die Politik ist gefragt, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt und

damit weiterhin aktiv die Klimawende mitgestalten kann“, fordert IV-Präsident Knill. Klar ist jedenfalls: Bestmögliche Prävention muss freilich auch mit bestmöglicher Vorbereitung für den nicht auszuschließenden Ernstfall einhergehen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Österreich und seine Industrie wieder rasch handlungsfähig sind.

BLICK IN DIE UNTERNEHMEN

WIE SICH DIE KRITISCHE INFRASTRUKTUR AUF DEN BLACKOUT VORBEREITET

Vor knapp einem Jahr kamen die europäischen Stromnetze an die Grenze ihrer Belastbarkeit und der Kontinent stand kurz vor dem Blackout. Seither beschäftigen Politik und Wirtschaft intensiv mit dem drohenden Ausfall der Energieversorgung, der weitreichende Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft hätte. Auf Initiative der Industriellenvereinigung und des Verteidigungsministeriums diskutierten im Jänner erstmals Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger über alle Branchengrenzen hinweg, wie Österreich sich auf das drohende Szenario besonnen und ohne Panikmache vorbereiten kann.

Neben dem Erhalt der wesentlichen Infrastruktur sowie der Kommunikation und Information bereitet sich Österreichs Industrie in ihren Krisenplänen konkret auf das kontrollierte Herunterfahren vor, da einzelne Unternehmen und Standorte trotz aller Präventionsmaßnahmen und Notfallkonzepte nicht isoliert betrachtet werden können. Ein hoher Stellenwert kommt auch der Vorbereitung der Mitarbeiter zu, damit diese ihren Aufgaben nachgehen können und privat bestmöglich auf den Ernstfall vorbereitet sind. Unüberhörbar ist der Appell an die Politik, eine realistische Dekarbonisierungsstrategie umzusetzen und Risiken in der Energieversorgung zu minimieren.



V.l.n.r.: IV-GS Christoph Neumayer, Oberst Markus Reisner, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Oberst Stefan Kirchebner, IV-Vize-GS Peter Koren



V.l.n.r.: IV-Vize-GS Peter Koren, IV-GS Christoph Neumayer, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, GenMjr Rudolf Striedinger (stv. Chef des Generalstabes), Gerhard Christner (Technischer Vorstand APG)



„Im Falle eines Blackouts sind am Flughafen Wien alle lebenswichtigen Funktionen gesichert. Durch die Abhängigkeit von anderen Verkehrssystemen, beispielsweise Bahnverbindungen, kann der wichtige Verkehrs-Hub aber nicht isoliert betrachtet werden. Die Versorgungsqualität hat in den letzten Jahren merkbar abgenommen. Beim Blackout können wir den Flughafen nur geordnet herunterfahren. Es ist eine Illusion zu glauben, durch individuelle Maßnahmen das große Problem lösen zu können.“

Günther Ofner,
Vorstand Flughafen Wien



„Wir sind sehr gut auf regionale Stromausfälle wie kürzlich in Kärnten vorbereitet und können flexibel und schnell darauf reagieren, um die Kommunikationsinfrastruktur aufrecht zu erhalten. Ein landesweiter Blackout wäre eine sehr große Herausforderung, hier liegt der Fokus auf den zentralen Komponenten des Netzes. Zentrale Komponenten des Netzes können mit Notstromaggregaten über einen längeren Zeitraum betrieben werden, aber im Zugangsnetz muss man im Falle eines totalen Blackouts mit relativ kurzfristigen Ausfällen rechnen.“

Thomas Arnoldner,
CEO der A1 Telekom Austria Group



„Als Teil der kritischen Infrastruktur trifft der ORF weitreichende Vorkehrungen, um produzieren zu können und die Konnektivität zu erhalten. Im Krisenfall wird die terrestrische Verbreitung über das klassische UKW-Radio der wesentliche Informationskanal sein, um die Menschen in Österreich zu erreichen. Zu den Kernaufgaben des ORF zählt neben Versorgung und Information auch die Sensibilisierung der Menschen im Vorfeld, um sie auf die mögliche Krisensituation vorzubereiten. In den letzten Wochen und Monaten hat der ORF in zahlreichen Sendungen und Dokumentationen die Bevölkerung für die Blackout-Thematik sensibilisiert. Die neue Serie „Alles finster“ wird ebenfalls zur Sensibilisierung der Menschen beitragen.“

Harald Kräuter,
Technischer Direktor des ORF



„Das System Bahn ist sehr komplex. Umso wichtiger ist es, für den Ernstfall gerüstet zu sein und Notfallpläne zu haben. Im letzten halben Jahr haben wir die Blackout-Vorsorge im Rahmen von konzernweiten Krisenstabsübungen gezielt durchgespielt und unser Krisenmanagement auf die Probe gestellt. Dadurch konnten wir wesentliche Verbesserungen erzielen.“

Johann Pluy,
Vorstandsmitglied
der ÖBB-Infrastruktur



„Die APG investiert in den kommenden zehn Jahren rund 3,5 Mrd. Euro in die Strominfrastruktur, in die Anwendung modernster Technologien sowie in die Etablierung digitaler Plattformen zur Integration aller Akteure in das Stromsystem – dies alles für eine sichere Transformation des Energiesystems.“

Gerhard Christner,
Technischer Vorstand
der Austrian Power Grid



„Aus der Pandemie lernend, reduziert der Konzern seine Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten. Eine betriebseigene Stromversorgung überbrückt die Stromausfälle in den ersten Stunden. Diversität in der Energieproduktion reduziert die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts. Energiepolitik ist Standortpolitik.“

Wolfgang Hesoun,
Vorstandsvorsitzender
Siemens Österreich



„Neben Stillstand der Produktion wären auch bleibenden Schäden an den Öfen der Effekt eines Blackouts in der Leube-Zement- und Kalkproduktion. Dementsprechend hat man sich auf ein geordnetes Zurückfahren des Werkes konzentriert. In unseren Notfallplänen hat analoge Kommunikation einen hohen Stellenwert.“

Rudolf Zrost,
Vorstand Leube



„Mayr-Melnhof Karton erzeugt zwei Drittel seines Strombedarfs selbst und hat bereits vor Jahren begonnen, in die Energieautarkie zu investieren. In der Dekarbonisierungsdiskussion braucht es mehr Realismus. Die Industrie und das gesamte Wirtschaftssystem sind zu abhängig von einer stabilen Energieversorgung, um voreilige und risikobehaftete Entscheidungen zu treffen.“

Peter Oswald,
Vorstandsvorsitzender
Mayr-Melnhof Karton

Win-win-Situation für Familien, Unternehmen und Standort

Bis zum Sommer verhandeln Bund und Länder über die Elementarpädagogik. Die Industrie fordert bis 2025 einen Rechtsanspruch auf qualitätsvolle Betreuung für jedes Kind ab dem ersten Geburtstag.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für junge Eltern ebenso wie für Unternehmen eine Herausforderung: Nach wie vor fehlt eine flächendeckende Kinderbetreuung, die sich mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern vereinbaren lässt. Dadurch lässt sich Österreich nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte entgehen. Kinderbetreuung und Elementarbildung spielen auch für den Standort, in der Bekämpfung des Fachkräftemangels und für bessere Arbeitsmarkt- und Bildungschancen eine zentrale Rolle.

Vorbild Deutschland

Für die Industrie ist klar: Jedes Kind, egal wo es in Österreich lebt, hat das Recht auf qualitativ hochwertige Betreuung und Bildung von Anfang an. Um die Qualität in der Elementarpädagogik zu erhöhen und den Ausbau von Betreuungsplätzen – vor allem für die Unter-Dreijährigen – voranzutreiben, plädiert die IV für einen



Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag. Deutschland ist diesen Schritt bereits gegangen. Bei einem von der IV initiierten Fachexperten-Austausch diskutierten mehr als 80 Vertreterinnen und Vertreter

aus Landesregierungen, Verwaltung, Sozialpartnerorganisationen, Städte- und Gemeindebund sowie Träger- und Bildungsorganisationen anhand des deutschen Rechtsanspruchs die Chancen und

Herausforderungen einer Umsetzung in Österreich. Die positiven Effekte in Deutschland sind deutlich sichtbar: Der Rechtsanspruch führte zu einer Steigerung der Anzahl erwerbstätiger Mütter, dient als Jobmotor im Bereich der Elementarbildung und führt zu einem Anstieg der Geburtenzahl durch bessere Planbarkeit für die Familien. Die frühe Sprachförderung sorgt zudem für einen leichteren Einstieg der Kinder in die Grundschule und setzt sich in besseren Bildungsverläufen fort.

Aktuell starten die Verhandlungen über eine neue 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Elementarpädagogik. Bis Sommer 2022 sollen sie abgeschlossen sein. Die Industriellenvereinigung wird sich in diesem Prozess auf Bundes- und Länderebene für eine Verankerung ihrer Forderungen nach Ausbau und Qualitätskriterien einsetzen, um bis 2025 ein Recht auf qualitätsvolle Kinderbetreuung zu erreichen.

Wichtige Prioritäten für Forschungsstandort gesetzt

Die neuen Uni-Leistungsvereinbarungen bringen ein Rekordbudget und Schwerpunkte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft & Technik (MINT) sowie Medizin.

Die 22 Universitäten erhalten für die Leistungsvereinbarungsperiode 2022 bis 2024 so viel Geld wie nie zuvor: Insgesamt stehen rund 12,3 Milliarden Euro zur Verfügung, das sind 12,5 Prozent mehr als zuletzt. Besonders groß ist das Plus bei den Technischen Unis (+31%) und den Medizinischen Unis (+34%). Mehr als die Hälfte der Budgetmittel werden auch

diesmal nach Indikatoren wie Prüfungsaktivität, Anzahl der Studienabschlüsse und Drittmiteleinwerbung vergeben („kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung“).

Inhaltliche Schwerpunktsetzungen sind: Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, der Ausbau der Medizin-Ausbildung und -forschung, die Stärkung des MINT-Bereichs unter anderem durch 30

neu geschaffene MINT-Professuren, die Steigerung der MINT-Graduierten um 20 Prozent, mehr Projekte an der Schnittstelle Schule und Hochschulen, um junge Menschen für MINT zu begeistern, sowie das Thema Nachhaltigkeit.

Aus IV-Sicht ist positiv ist, dass neben den Budgetsteigerungen und dem MINT-Schwerpunkt auch der Wissens- und

Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wesentliches Kernthema ist. Zuversichtlich stimmt auch das vorgesehene Forschungsbudget und die Exzellenzinitiative. Qualitäts- und Effizienzsteigerungen in Lehre und Forschung werden künftig entscheidend sein, um den Innovationsnachwuchs für die heimische Industrie sicherzustellen und Exzellenz der Universitäten und des Standorts insgesamt zu steigern.



AKTUELLES IN KÜRZE

Das Kleine ganz groß: Faszination Elektronenmikroskopie

Präzise Elektronenmikroskopie in der Universitären Serviceeinrichtung für Transmissionselektronenmikroskopie trägt zur Forschungsleistung und zum modernen Image der TU Wien bei.

Am Beginn wissenschaftlicher Forschung steht oft die Neugier, etwas präziser sehen und entdecken zu können. Elektronenmikroskopie ermöglicht einen genauen Blick ins Innere eines Atoms oder Zellkerns. Der Blick auf das ganz Kleine bewirkt wichtige Erkenntnisse für ganz Großes und knüpft an das Motto der TU Wien Foundation „Science for a better world“ an. Die TU Wien Foundation engagiert sich durch die Adressierung technikbegeisterter Vordenker für die Gewährleistung exzellenter Forschung, um sowohl die Innovationskraft als auch die Zukunfts- und Standortsicherung der TU Wien zu ermöglichen. Ziel ist es, mit moderner Forschungsinfrastruktur für die Bearbeitung technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen optimal gerüstet zu sein.



Große Fortschritte der Menschheit beginnen im Kleinen. Für mehr Informationen: www.ustem.tuwien.foundation

Die Universitäre Serviceeinrichtung für Transmissionselektronenmikroskopie (USTEM) bietet Struktur-Untersuchungen und chemische Analysen mit hochwertigen „Präzisionswerkzeugen“, die sowohl der Wissenschaft in Forschung und Lehre als auch Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt werden. Transmissionselektronenmikroskope (TEM) sind umfassend

einsetzbar, unterstützen anwendungsorientierte Forschung und spielen u.a. eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Katalysatoren. Sie eröffnen den Betrachtern eine faszinierende Welt, die weder mit freiem Auge noch mit einem Lichtmikroskop sichtbar oder erkennbar ist. Unter Vakuum werden Elektronen beschleunigt. Diese erzeugen im TEM vergrößerte

Bilder. Bewegungen und Veränderungen von Ionen und Elektronen chemischer Elemente wie beispielsweise Strontium, Eisen oder Lanthan können genau berechnet, analysiert und gemessen werden. Die gewonnenen Erkenntnisse sind wesentlich für wissenschaftliche Forschung und technische Weiterentwicklung in der Halbleitertechnik, der Energieerzeugung, in Luftfahrt-, Transport- und Automobilindustrie und vielen anderen zukunftsweisenden Bereichen, wo Materialeigenschaften und -einsatz Innovation schaffen. Mit der Anschaffung der neuesten Generation von Elektronenmikroskopen wird Spitzenforschung an der TU Wien weiterwachsen.

WEBTIPP

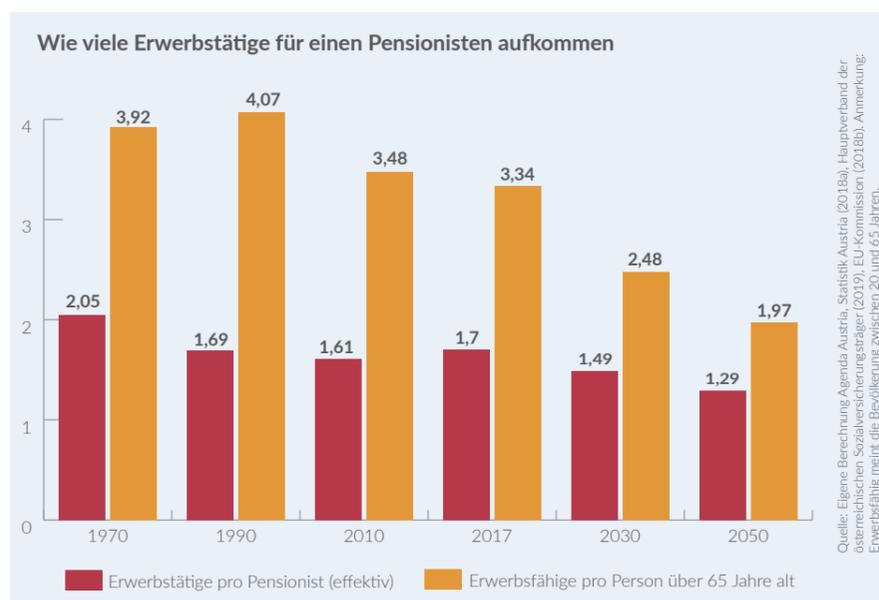
Die Langfassung dieses Beitrags finden Sie unter: www.iv.at

Hohes Wohlstandsniveau und gute Produktivität, aber...

Die demografische Veränderung droht in Österreich hohe Mehrkosten zu verursachen, von Reformwillen ist aber wenig zu spüren.

Wir haben in Österreich ein hohes Wohlstandsniveau, auch die Produktivität ist gut. Das Problem ist aber, dass manche Trends in eine völlig falsche Richtung gehen, so der Direktor der Agenda Austria, Franz Schellhorn, im Talk mit der JI-Steiermark. Wie er ausführte, sei das österreichische Sozial- und vor allem auch das Pensionssystem so gestaltet, dass die Voraussetzung immer sei, dass die Einzahler in das System in der Mehrheit sind. Genau hier komme aber die demografische Verschiebung ins Spiel: In Österreich werden wir in den nächsten Jahren immer mehr ältere Menschen haben, die Jüngeren und vor allem jene im Arbeitsalter werden weniger. „So schön es ist, dass unsere Lebenserwartung steigt“, so bedenklich sei das etwa im Bereich des Pensionssystems, so Schellhorn: Immer weniger Erwerbstätige müssten mit ihren Beiträgen immer mehr Pensionisten finanzieren.

Bereits 2020 habe die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen bei den Pensionen 24,1 Milliarden Euro betragen.



Hier brauche es vor allem auch simple Bewusstseinsbildung, etwa darüber, wie Wohlstand generiert werde. Österreich benötige dringend eine nachhaltige Budgetpolitik. Dafür brauche es wohl entweder „eine durchsetzungsfähige Persönlichkeit wie Wolfgang Schäuble in Deutschland“,

der den Staatshaushalt in unserem Nachbarland konsequent in Richtung „schwarze Null“ gedreht habe, oder entsprechenden „Druck von außen“, so Schellhorn mit Blick auf die Kapitalmärkte. Denn eine Verschuldung zu Negativzinsen werde nicht die Norm bleiben.



Auf Krise muss Arbeit folgen

2022 muss ein Jahr mit mehr Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben der Politik werden.

Auch in diesem Jahr wird es nicht leichter werden, soviel ist klar. Neben der nach wie vor andauernden Pandemie werden auch weitere Chat-Veröffentlichungen sowie der U-Ausschuss für politische Unruhe sorgen. Dennoch müssen die beiden Regierungsparteien in diesem Jahr dringend ein höheres Arbeitstempo vorlegen. Schon allein aus Eigeninteresse: Bei so viel Vertrauen, wie die Politik im Allgemeinen sowie ÖVP und Grüne im Besonderen verloren haben, kann niemand an Neuwahlen interessiert sein. Vielmehr wird man beweisen müssen, dass man konstruktiv die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft dieses Landes stellen kann.

Nach der Pandemie wird dies vor allem auch bedeuten, dass man zum Ziel zurückkehren muss, in guten Zeiten ein ausgeglichenes Budget bzw. Überschüsse zu erzielen. Andere Länder haben das bereits viel früher getan – dann ist auch in Krisenzeiten der Spielraum größer. Wir sind hingegen, obwohl Hochsteuerland, reichlich verschuldet – und man sollte sich lieber nicht darauf verlassen, dass die Zinsen ewig so niedrig bleiben.

Das würde daher auch bedeuten, dass man sich an schmerzhaft und unbeliebte Strukturereformen heranwagen müsste. Bisher hat man etwa im Pensionsbereich eher das Gegenteil getan und in alter Gewohnheit Zuckerl verteilt – die uns viel kosten werden. Ich denke, hier könnte die Pandemie auch als Chance begriffen werden: Corona hat schonungslos offengelegt, wie ineffizient manches in Österreich funktioniert. Der Föderalismus mag in manchen Bereichen Sinn machen. Sehr oft wäre aber einmal ordentlich besser als neunmal irgendwie.

Nach Corona könnten es mehr Bürger gut heißen, wenn eine Bundesregierung sich hier beherzt für mehr Effizienz einsetzt. Corona hat uns auch gezeigt, wie wichtig es ist, dass der Staat in absoluten Nottfällen helfen kann. Das sollte es auch leichter machen, den Menschen zu erklären, wie wichtig in guten Zeiten ein nachhaltiger Umgang mit Steuergeld ist. Angesichts dessen, was zwischen Demografie und Klimakrise auf uns zukommt, wäre es hoch an der Zeit. Und Parteien, die nach dieser Krise nur reine Symbolpolitik machen, werden auch kaum auf viel Zustimmung beim Wähler hoffen können.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Fünf Thesen für ein digitales Österreich

GRUPPE 1031
Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte

Die gruppe1031 sieht fünf wichtige Handlungsfelder für ein digitales und zukunftsfittes Österreich.

Österreich hat sich eine solide Basis an digitalen Rahmenbedingungen erarbeitet, die von der Digitalisierungsagentur über die digitale Schule samt gratis Zugang zu Laptops bis zu einem breiten Förderumfeld reichen. Auf der anderen Seite verlangt die digitale Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft weitergehende Maßnahmen und Fortschritte.

Die gruppe1031 hat die wesentlichen drei Handlungsfelder sowie die daraus abgeleiteten Anforderungen definiert, die als

„Must-haves“ für ein digital leistungsfähiges Österreich zeitnah erfüllt werden müssen.

Ergänzend dazu sind Digital Hidden Champions und Digital Innovation Excellence zwei Handlungsfelder, in denen die gruppe1031 die Möglichkeit bzw. auch die Notwendigkeit zur Differenzierung für Österreich im internationalen Wettbewerb sieht. Wir müssen die sich daraus ergebenden Potenziale voll ausnutzen, um unsere Position in den global zunehmend beschleunigten Märkten nicht zu verlieren.

Für Unternehmer ist die Messbarkeit von Fortschritten ein zentrales Element, das alle Digitalisierungsinitiativen begleiten muss. Damit können nicht nur Erfolge an den Markt kommuniziert werden, sondern es wird auch sichergestellt, dass aktuelle Entwicklungen unternehmensübergreifend aufgegriffen und weiter gestärkt werden können.

WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen finden Sie auf www.gruppe1031.at

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: Petra Matovic, Matthias Penz.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

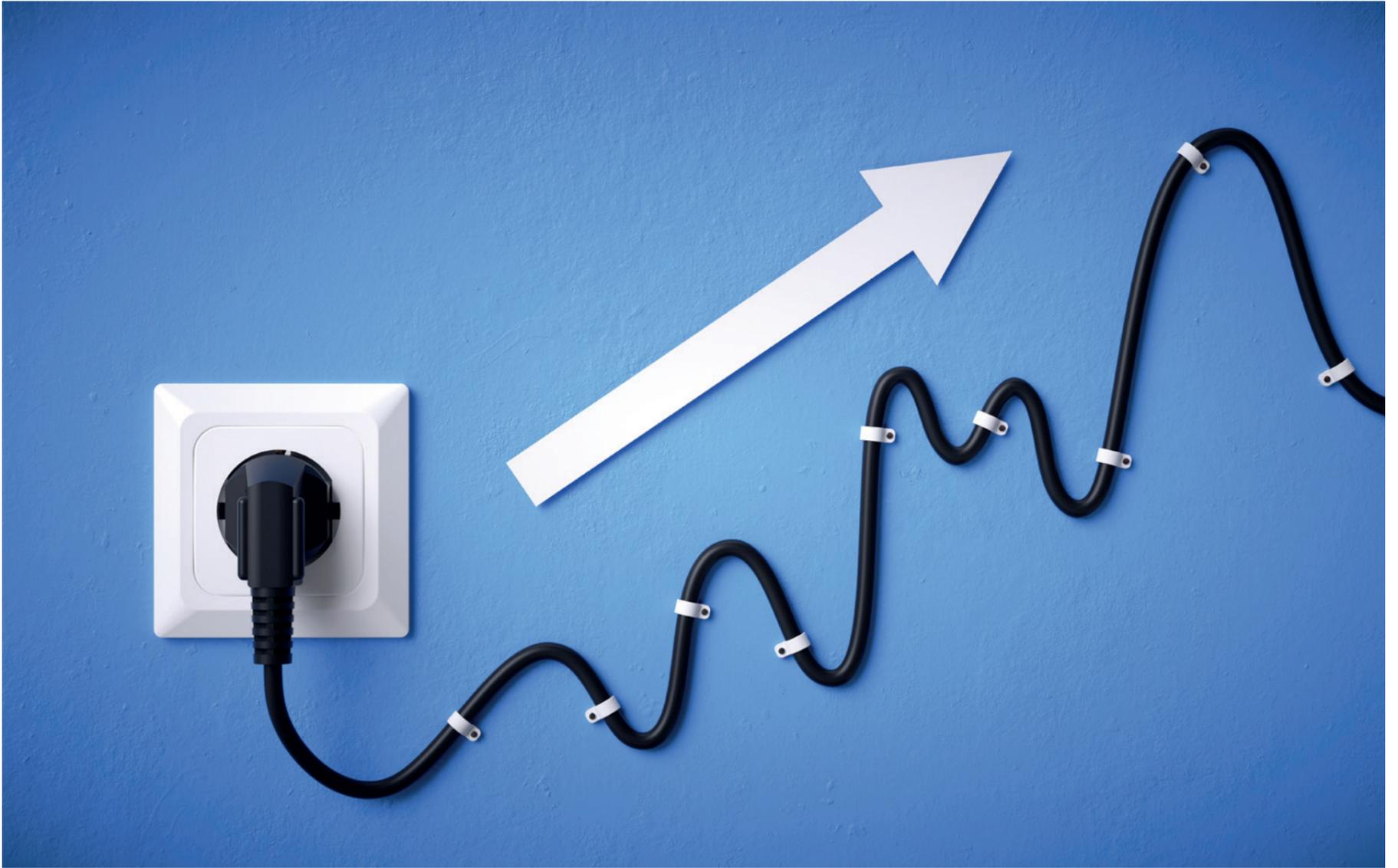
Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Unter Strom

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung wird zur Schlüsselfrage des Industriestandortes Oberösterreich.

Das Jahr 2022 hat konjunkturell ähnlich begonnen wie es der vorangegangene Herbst erwarten ließ: Die Hochkonjunktur in der OÖ. Industrie hält an, das Umfeld bleibt aber extrem herausfordernd. Hohe Infektions- und Quarantänezahlen sowie der Mangel an Bauteilen gefährden Produktionsabläufe, trotz voller Auftragsbücher ist die Gefahr von Stillständen latent gegeben. Besonders kritisch gestaltet sich die Entwicklung bei den Energiekosten. „Verharren die Preise für Strom und Gas auf dem aktuellen Niveau, sind Geschäftsmodelle mit hohem Energieverbrauch am heimischen Standort nicht mehr wettbewerbsfähig“, warnt IV-OÖ-Präsident Axel Greiner.

Die explodierenden Energiekosten führen nicht nur bei der energieintensiven Industrie zu tiefen Sorgenfalten, sondern mittlerweile bei einem Großteil der oberösterreichischen Industrielandschaft. „Sie steht vor zahlreichen Herausforderungen im Zuge der Transformation des Energie- und Mobilitätssystems“, erklärt IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch. Der oberösterreichische Standort leiste mit seiner hohen Technologiekompetenz in den Bereichen Werkstoffe, Elektrizität, Mobilität und Maschinenbau wesentliche Beiträge zur Lösung der Herausforderungen weltweit: „Die Vielfaltigkeit und Breite der Branchenstruktur der OÖ. Industrie mit zahlreichen starken Standbeinen und seiner großen Zahl an Leitbetrieben ist ein zentraler Vorteil, um Trans-

formationsprozesse aktiv im Pilotensitz gestalten zu können.“

Indirekt 415.000 Mitarbeiter

Eine aktuelle Analyse mit den letztverfügbaren Zahlen durch das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) verdeutlichen dies: Inklusiv die industrienahe Dienstleistung beschäftigt die Industrie Oberösterreichs 415.000 Mitarbeiter. Dabei werden 104 Mrd. Euro an Umsätzen und eine Wertschöpfung in Höhe von 32 Mrd. Euro generiert. Mehr als jeder vierte Euro der Bruttowertschöpfung der Herstellung von Waren in der heimischen Industrie wird von einem oberösterreichischen Unternehmen erzielt (Ö-Anteil: 27,4 Prozent). Die „Big Four“ der Metaller generieren 48 Prozent der Bruttowertschöpfung der Industrie Oberösterreichs, die Top 10 rund 80 Prozent. Die Investitionen der Industrie Oberösterreichs entwickelten sich in ihrer Dynamik in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich. Besonders hohe Wachstumsraten gab es in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, der Fahrzeugindustrie und in der Chemieindustrie.

Ein Drittel des Gesamtenergieverbrauchs

Der Gesamtenergieverbrauch des produzierenden Bereichs in Oberösterreich lag im Jahr 2019 bei knapp 100.000 Terajoule, was in etwa 31 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs des Landes entspricht und einem Drittel des produzierenden Bereichs in ganz Österreich. Beinahe zwei Drittel der Energie wird im Bereich Papier- und Pappe

(23 Prozent), Chemie und Petrochemie (21 Prozent) sowie Eisen- und Stahlherzeugung (19 Prozent) verbraucht.

Für die Industrie Oberösterreichs ist somit eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen von großer Bedeutung; der Kostenfaktor Energie spielt vor allem für die energieintensive Industrie eine wesentliche Rolle. „Vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs bedarf es einer professionellen und vorausschauenden Energie- und Klimapolitik als Bestandteil der

oberösterreichischen Standortpolitik“, betont Haindl-Grutsch. Die nachfolgende Detailanalyse zeigt die Wertschöpfungseffekte der energieintensiven, automotiven und der Umweltindustrie auf.

Die energieintensive Industrie in OÖ

Der Standort Oberösterreich ist charakterisiert durch eine hohe Leistungskraft der heimischen Industrie, die ein überdurchschnittlich hohes Maß an Energie benötigt. In Relation zum im jeweiligen Jahr erwirtschafteten Produktionswert liegen die jähr-

TOP-10-BRANCHEN DER OÖ. INDUSTRIE NACH BRUTTOWERTSCHÖPFUNG

Branche	in % der Herstellung von Waren
Maschinenbau	18,9 %
Herstellung von Kraftwagen und -teilen	10,3 %
Herstellung von Metallerzeugnissen	9,7 %
Metallerzeugung und -bearbeitung	9,2 %
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	6,9 %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	6,5 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	6,3 %
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6,3 %
Herstellung von Holzwaren	3,1 %
sonstiger Fahrzeugbau	3,0 %
Summe Top-10	80,2 %
Andere Branchen	19,8 %
Herstellung von Waren	100,0 %

lichen Aufwendungen für Energie (Energiekostenintensität) in Oberösterreich spürbar über dem österreichischen Durchschnitt, insbesondere innerhalb der energieintensiven Industrie. Damit ist der Standort anfälliger für steigende Energiepreise.

Energieintensiv ist eine Industrie gemäß EU-Richtlinie dann, wenn es sich um Unternehmen handelt, „bei denen der Erwerb von Energieprodukten und Strom mindestens 3 Prozent ihres Produktionswertes ausmacht.“ Darunter fallen Metallerzeugung und -bearbeitung, die Papierindustrie, die Herstellung von chemischen Erzeugnissen sowie die Herstellung von Glas, Keramik und Zement.

In der gewählten Abgrenzung erwirtschaftet die energieintensive Industrie Oberösterreichs im Jahr 2019 einen Umsatz von 14,5 Mrd. Euro, womit über indirekte und induzierte Effekte insgesamt 27 Mrd. Euro Umsatz in der österreichischen Wirtschaft initiiert werden. Rund 36.800 Personen werden beschäftigt; insgesamt (direkt, indirekt und induziert) sichert die energieintensive Industrie Oberösterreichs 117.500 Beschäftigungsverhältnisse durch ihren laufenden Betrieb in der heimischen Volkswirtschaft ab, davon 66.000 in Oberösterreich. Die gesamtwirtschaftlich ausgelöste Wertschöpfung beläuft sich auf knapp 10 Mrd. Euro. Somit stehen 2,8 Prozent der gesamten österreichischen Wertschöpfung im Zusammenhang mit dem laufenden Betrieb der energieintensiven Industrie Oberösterreichs. Die generierten Fiskal- und Sozialbeitrageffekte belaufen sich in Summe auf knapp 3 Mrd. Euro. Demzufolge bewirkt ein Euro an Wertschöpfung weitere 2,54 Euro an gesamtwirtschaftlicher Wertschöpfung. Ein Beschäftigungsverhältnis in einem Unternehmen der energieintensiven Industrie Oberösterreichs sichert österreichweit in Summe 3,19 Beschäftigungsverhältnisse ab.

Die Automotive-Industrie in OÖ

Die Automotive-Industrie Oberösterreichs – das sind Zulieferindustrie plus Fahrzeugindustrie – stellt ein leistungsstarkes und für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich hochrelevantes Branchengeflecht dar. Die automotiven Zulieferbranchen sind in einem weiten Spektrum verschiedener Tätigkeitsbereiche über diverse Branchen wie der metalltechnischen Industrie, der Elektro- und Elektronikindustrie, der Fahrzeugindustrie, der chemischen Industrie oder der Textilindustrie tätig. Eine Gewichtung der Beschäftigten nach Größenklassen zeigt, dass rund 82 Prozent der Beschäftigten der Automotive Industrie Oberösterreichs in Großunternehmen tätig sind.

Gemeinsam erwirtschaften diese Unternehmen mit automotiven Produkten und Dienstleistungen einen Umsatz von rd. 15,7 Mrd. Euro, welcher über indirekte und induzierte Effekte insgesamt 26,3 Mrd. Euro an Umsätzen in Österreichs Wirtschaft initiiert. Darüber hinaus werden 108.400 Arbeitsplätze in der heimischen Volkswirtschaft durch oberösterreichische Unternehmen in der automotiven Industrie abgesichert, davon 65.000 in Oberösterreich, und zusätzlich über 5 Mrd. Euro an Arbeitnehmerentgelten erwirtschaftet. Direkt in den Unternehmen der Automotive Industrie Oberösterreichs sind rund 38.600 Arbeitnehmer beschäftigt.

Die Umwelttechnik-Industrie in OÖ

Die oberösterreichische Umwelttechnik-Wirtschaft zeichnet sich durch eine besondere Resilienz, Wachstumsdynamik und einen

hohen Innovationsgrad aus. Die dazugehörigen Unternehmen erwirtschaften insgesamt einen Umsatz von 13,0 Mrd. Euro und beschäftigen mehr als 48.000 Mitarbeiter. Mit 11,3 Mrd. Euro und 41.300 Beschäftigten entfällt davon der größte Teil auf die Umwelttechnik-Industrie, der Rest auf die Umwelttechnik-Dienstleister. Knapp jedes vierte oberösterreichische Umwelttechnik-Unternehmen ist in Oberösterreich ansässig. Haupttätigkeitsbereiche in Produktion und Dienstleistung sind erneuerbare Energietechnologien, Energieeffizienztechnologien, Wasser- und Abwassertechnologien, Abfalltechnologien, Recycling und Kreislaufwirtschaft, Luftreinhaltung sowie Lärmschutz.

Schnellere Genehmigungsverfahren

Die OÖ. Industrie ist Teil der Lösung, um den Übergang in eine CO2-neutrale Gesellschaft weltweit zu ermöglichen. „Ein Land wie Österreich, dessen Wohlstand auf dem internationalen Austausch von Waren und

Dienstleistungen beruht, muss die energiepolitischen Rahmenbedingungen schaffen, damit auch in Zukunft wettbewerbsfähig und sicher produziert werden kann“, so IV-OÖ-Präsident Axel Greiner. Das erfordere einerseits die zeitgerechte Schaffung von infrastrukturellen Voraussetzungen, wofür schnellere Genehmigungsverfahren erforderlich seien, und andererseits die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation, um hier entwickelte Technologien weltweit verkaufen zu können. Damit könnten große Durchbrüche für die Umstellung unseres Energiesystems, der industriellen Prozesse und der Mobilität der Zukunft erzielt werden, um das globale Ziel der CO2-Neutralität bis 2050 zu erreichen, wie Greiner betont: „Voraussetzung ist, dass die Umstellung ein volkswirtschaftlicher Erfolg wird und der Wohlstand der Menschen wächst und nicht sinkt. Dazu benötigt es einen alle Aspekte umfassenden Umsetzungsplan und nicht nur die Setzung unrealistischer Ziele!“



Heiße Luft

Die Einschränkung der Mobilität der Bürger ist keine Lösung beim Klimaschutz.

Straßen zu bauen sei Denken aus den 1970er-Jahren, vermeldete Landesrat Stefan Kaineder unlängst gegenüber den Medien. Die OÖ. Grünen setzen damit nicht nur ihre jahrzehntelange Verhinderungspolitik fort, sondern lassen auch jeglichen Tiefgang und konkrete Lösungsvorschläge vermissen. Zu hinterfragen wäre vielmehr, wie zukunftsfähig die Partei mit der Bekämpfung des Ausbaus der Wasserkraft sowie der Energie- und Verkehrsinfrastruktur jahrzehntelang war und heute immer noch ist. Altes Denken ist nämlich vielmehr, zu glauben, dass die Einschränkung der Mobilität der Bürger eine Lösung beim Klimaschutz darstellt.

Die Transformation des Energie- und Mobilitätssystems ist eine hochkomplexe Aufgabe mit enormen technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, wie anhand der aktuellen Entwicklung der Energiekosten deutlich wird. Sie eignet sich nicht dafür, mit den immer gleichen Stehsätzen parteipolitische Ideologie zu transportieren. Klimaschutz bedeutet mehr als das Verbot von Straßenbauprojekten. Dogmatische Verbotspolitik bei Straßeninfrastrukturprojekten wirkt sich für ein Land wie Oberösterreich, dessen Wohlstand auf dem internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen beruht, besonders negativ aus.

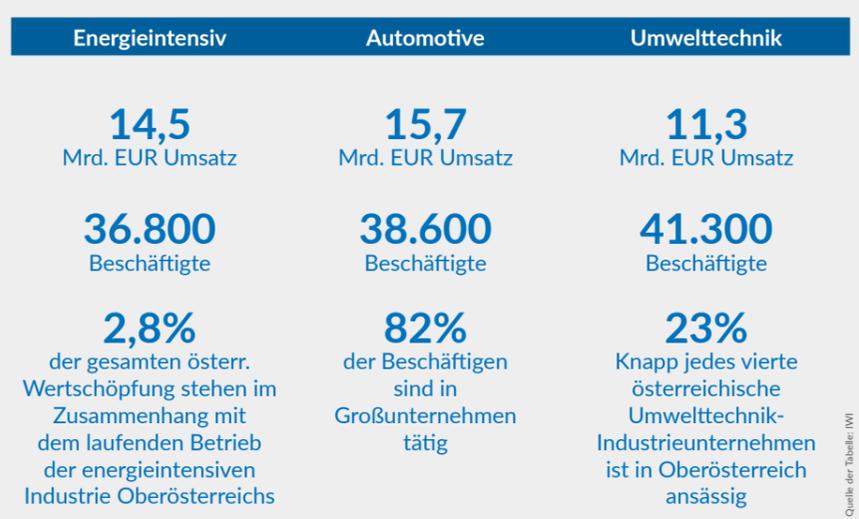
Forschung, Innovation, Technologie und Marktwirtschaft werden große Durchbrüche für die Umstellung unseres Energiesystems, der industriellen Prozesse und der Mobilität der Zukunft ermöglichen, um das globale Ziel der CO2-Neutralität bis 2050 zu erreichen. Diese Herkulesaufgabe benötigt enorme Anstrengungen und die internationale Zusammenarbeit der wichtigsten Industrienationen der Welt.

In Österreich benötigt es vor allem viel schnellere Genehmigungsverfahren, um die Wasserkraft auszubauen, neue Stromleitungen, Stromspeicher und die Infrastruktur für die CO2-neutrale Mobilität zu errichten. Dafür sollten sich die OÖ. Grünen auf Bundesebene stärker einsetzen.

Ihr

Axel Greiner,
Präsident der IV-Oberösterreich

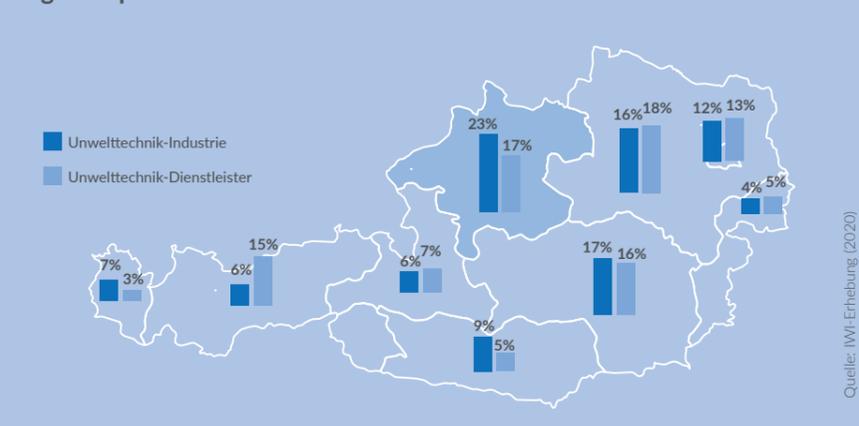
BEDEUTUNG DER ENERGIEINTENSIVEN, AUTOMOTIVE UND UMWELTECHNIK-INDUSTRIE VON OBERÖSTERREICH



Multiplikatoren der energieintensiven Industrie Oberösterreichs



Regionalspektrum der Umwelttechnik-Unternehmen





Schiefelage beim FH-Ausbau

Wien und Niederösterreich werden beim Ausbau der Fachhochschulen seit 20 Jahren bevorzugt, für Oberösterreich und die restlichen Bundesländer wird deren schlanke Trägerstruktur zum Nachteil.

Als stärkster Industriestandort der Republik ist Oberösterreich im Besonderen auf eine entsprechend ausgebaute Hochschulinfrastruktur angewiesen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Fachhochschulen und deren Absolventen. In Oberösterreich ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes primär die Fachhochschule Oberösterreich GmbH (FH OÖ) an den vier Standorten Wels, Hagenberg, Steyr und Linz mit rund 7.000 Studenten entscheidend; sie ist im Bereich Forschung & Entwicklung die klare Nummer eins aller Fachhochschulen in Österreich und eng mit der OÖ. Industrie vernetzt. Zusätzlich gibt es mit der FH Gesundheitsberufe OÖ ein entsprechendes Studienangebot im medizinischen Bereich.

21 Träger, 33 Standorte

Insgesamt hat sich der Fachhochschulsektor in Österreich während der letzten 20 Jahre dynamisch entwickelt und sich von 17.000 Studienplätzen im Jahr 2002 auf 59.000 Studienplätze im Wintersemester 2020 mehr als verdreifacht. Aktuell gibt es in Österreich 21 Fachhochschulträger an insgesamt 33 FH-Standorten. Während „Restösterreich“ mit ein bis zwei FH-Trägern das Auslangen findet, sind in Wien und Niederösterreich jeweils fünf Trägerorganisationen für fünf Standorte in Wien und sieben Standorte in Niederösterreich zuständig.

„Es ist die eine Frage, wie viele FH-Träger für ein effizientes Management des Sektors im Bundesland notwendig sind“, erklärt dazu IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch: „Eine höhere Zahl an Trägerorganisationen bringt aber offensichtlich Vorteile bei der Zuteilung von FH-Studienplätzen durch das Ministerium, weil diese auf Basis der Anträge der einzelnen FH-Träger verteilt werden.“

Schere öffnet sich weiter

Interessant ist, wie sich die Anzahl der Studienplätze im FH-Sektor während der letzten zwei Jahrzehnte im Bundesländervergleich entwickelt hat. In absoluten Zahlen liegt Oberösterreich hinter Wien und Niederös-

terreich auf dem 3. Platz, gefolgt von Tirol und der Steiermark. In der Entwicklung der Studienplätze zeigt sich, dass sich der Vorsprung von Wien und Niederösterreich von 2002 bis 2020 massiv erhöht hat. Die Schere

„Oberösterreich hat einen FH-Anteil von 12,5 Prozent bei 16,7 Prozent der Bevölkerung und 27 Prozent der industriellen Wertschöpfung. Der Mangel an MINT-Absolventen ist enorm.“

Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Wertschöpfungsanteil von über 25 Prozent. Damit zeigt sich im Fachhochschulsektor eine ausgeprägte Wien-Niederösterreich-Lastigkeit, wie Haindl-Grutsch festhält: „Wien hält bei einem 21,5-Prozent-Anteil an der Gesamt-



Größe des jeweiligen Industriesektors der beiden Bundesländer in keiner Weise widerspiegelt. Der Mangel an Technikern ist in Oberösterreich enorm stark und führt dazu, dass Investitionen aufgrund des Mangels an MINT-Absolventen nicht in Oberösterreich getätigt werden.

Gießkannen-Methode verschärft Schiefelage

Die Systematik der regelmäßigen prozentuellen Erhöhungen der Studienplätze führt dazu, dass der Abstand zwischen den Bundesländern weiter zunimmt. „Anstelle der Fortschreibung dieser Gießkannen-Methode ist es notwendig, wesentlich stärker auf Standortanforderungen und die Nachfrage aus der Wirtschaft im jeweiligen Bundesland Rücksicht zu nehmen, um damit eine flächendeckende, zielgenaue Entwicklung des FH-Sektors österreichweit zu ermöglichen. Es ist nicht akzeptabel, dass die schlanke und effiziente Träger-Struktur der FH OÖ mit den vier großen Fachhochschulstandorten zum Nachteil bei der Vergabe von Studienplätzen für Oberösterreich wird“, so Haindl-Grutsch.

von Wien und Niederösterreich zu den restlichen Bundesländern geht immer stärker auf.

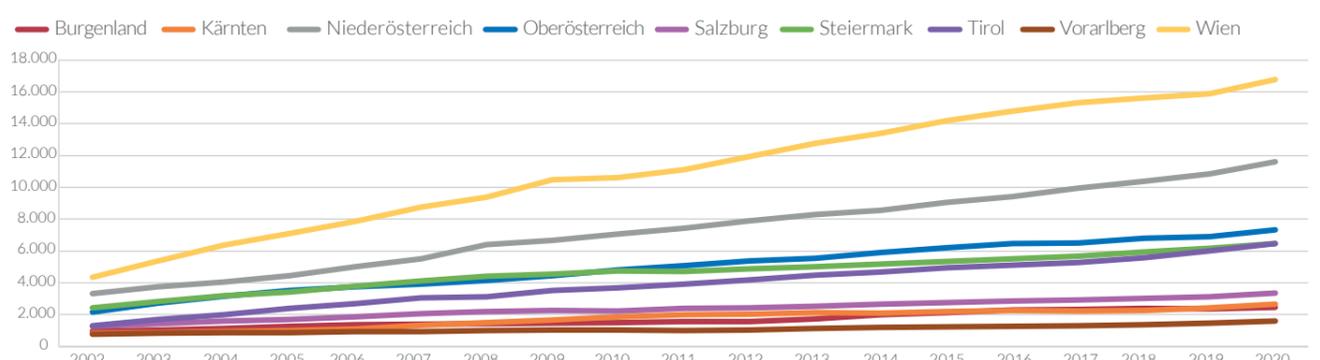
Knapp die Hälfte aller FH-Studienplätze stehen in Wien und Niederösterreich zur Verfügung. Oberösterreich hat mit 7.326 Studienplätzen im Wintersemester 2020 einen Anteil von 12,5 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von 16,7 Prozent und einem industriellen

Wertschöpfungsanteil von über 25 Prozent. Damit zeigt sich im Fachhochschulsektor eine ausgeprägte Wien-Niederösterreich-Lastigkeit, wie Haindl-Grutsch festhält: „Wien hält bei einem 21,5-Prozent-Anteil an der Gesamt-

Wertschöpfungsanteil von über 25 Prozent. Damit zeigt sich im Fachhochschulsektor eine ausgeprägte Wien-Niederösterreich-Lastigkeit, wie Haindl-Grutsch festhält: „Wien hält bei einem 21,5-Prozent-Anteil an der Gesamt-

Im Zuge der kommenden Ausbauschritte des FH-Sektors sei es notwendig, dass die FH OÖ unter der Federführung des zuständigen Landesrates Markus Achleitner den erhöhten Bedarf für den Standort Oberösterreich darlegt und die Schiefelage deutlich anspricht, betont IV-OÖ-Geschäftsführer Haindl-Grutsch: „Die OÖ. Industrie steht dabei zur kräftigen Unterstützung jedenfalls zur Verfügung!“

Entwicklung der Anzahl aller FH-Studienplätze in absoluten Zahlen pro Bundesland (Wintersemester 2002-2020)



Quelle: Unidata

Foto: FH OÖ, IV-OÖ/ERIC Kragl